

30.11.2016



Niedersachsens Eltern sehen Schulqualität gefährdet

Die bildungspolitischen Themen Lehrer- und Unterrichtsversorgung an Niedersachsens Schulen stehen immer wieder aktuell im Fokus, so auch als Arbeitstitel anlässlich des gemeinsamen Austausches der Mitglieder des Landeselternrates Niedersachsen mit den Vertretern der Kreis- und Stadtelternräte am vergangenen Wochenende.

Zu Beginn informierte der Vorstand des Landeselternrates über wichtige Entwicklungen in der Bildungspolitik. Gesprächsbedarf gab es zum aktuellen Vorstoß der Kultusministerin, die Schulinspektion zu einem „Feedback-System“ zu verändern. Diese Ausrichtung der Schulinspektion bewertet der Vorstand des Landeselternrates zunächst kritisch.

Die „Schulinspektionen dienen dem Ziel, auf der Grundlage des Niedersächsischen Schulgesetzes (§ 123 a) und des Erlasses ‚Schulinspektionen in Niedersachsen‘ Kenntnisse über die Qualität der Arbeit in den einzelnen Schulen sowie über die Qualität des Schulsystems zu ermitteln, um Maßnahmen der Qualitätsverbesserung zu ermöglichen“, so Stefan Bredehöft, Vorsitzender Landeselternrates. „Dieses Ziel werde in der Wahrnehmung der Elternvertreter jetzt schon verfehlt, da es den Schulen selbst überlassen werde, ob sie eine Weiterentwicklung der Qualität zulassen. Nicht jede Schule stehe dem jetzigen dialogbasierten Ansatz offen gegenüber und nehme die Ergebnisse, ja vielleicht auch Kritik, als Entwicklungschance an“, so Bredehöft weiter.

Ein weiteres Hindernis in der erfolgreichen Umsetzung werde vom Landeselternrat in der nicht möglichen Unterstützung durch die Landesschulbehörde Niedersachsen gesehen. Konsens bestand daher bei der Wahrnehmung, dass wenn sich eine Schule bereitwillig auf den Pfad der Entwicklung begeben und Beratung und Unterstützungsangebote der Niedersächsischen Landesschulbehörde in Anspruch nehmen möchte, diese aufgrund ihrer vielfältigen Aufgaben den Bedarfen nicht gerecht werden könne und gleichzeitig den Widerspruch zwischen Aufsichtsbehörde und Unterstützungseinrichtung meistern muss.

In der Folge der hohen Anforderungen nehmen die Elternvertreter daher auch die Belastung der niedersächsischen Lehrerschaft wahr. War es grundsätzlich Wunsch der Elternvertreter, zu diesen Themen mit dem Präsidenten der Niedersächsischen Landesschulbehörde in den Austausch zu treten, war eine Teilnahme des Präsidenten wegen Termingebundenheit nicht möglich. Für einen Austausch standen ersatzweise Frank Stöber, Vorsitzender des Niedersächsischen Schulleitungsverbandes, sowie seine Stellvertreterin Andrea Kunkel zur Verfügung. Im Resümee aus Sicht der Elternvertreter ein sehr erkenntnisreicher und gewinnbringender Austausch zu den Tagungsthemen.

Pressemittteilung

Konsens bestand in den Feststellungen, dass Geldmittel vorhanden seien, jedoch fehle es an den entsprechenden Personalien. So gaben Stöber und Kunkel den Elternvertreter auch mit auf den Weg, „kreative Ideen zur Akquirierung von kompetenten bzw. qualifizierten Lehrkräften“ zu entwickeln.

„Die derzeitige Entwicklung lässt Raum für Besorgnis. Die generelle Lehrerversorgung lässt uns nicht enthusiastisch nach vorn blicken – die Herausforderung zur Umsetzung der Inklusion vereinfacht das nicht. Der Landeselternrat werde sich zu diesen Entwicklungen weitergehend mit den bildungspolitischen Verbänden austauschen, um seine Positionierung und Stellungnahme auf ‚breite Füße‘ zu stellen“, so Bredehöft abschließend.

Für Rückfragen steht Herr Bredehöft gern zur Verfügung, Tel.: 0174 76 54 624.